

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 5,00 Mark, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 127

Freitag, den 2. Juni 1922.

19. Jahrgang.

Stagerrakfeier.

Dr. L. Lübeck, 2. Juni.

In diesen Tagen jährte sich zum sechsten Male der Tag der Stagerrakflucht; der Tag, an dem die Deutschen und die Engländer den größten Seesieg aller Zeiten erfochten haben. Also ein deutsch-englischer Sieg gewissermaßen.

Für den Nichtfachmann ist ja ein solcher Sieg etwas reichlich Merkwürdiges. Aber der Krieg barg in seinem Schoße so viel Seltsames, daß es auf ein bißchen mehr oder weniger nicht ankam. Was hatte auch ein gewöhnlicher Sterblicher sich Gedanken zu machen? Dazu waren ja die Generäle in ausreichender Anzahl vorhanden!

Jedenfalls meldete der deutsche Flottenführer, Admiral Scheer, seinem Kaiser einen gewaltigen Seesieg; und der englische Admiral Jellicoe meldete einen nicht weniger günstigen Schlachtausgang nach London. Die Wirklichkeit liegt wohl so, daß beide Teile eine schwere Niederlage erlitten haben. Mehrere Riesenschiffe gingen auf den Grund des Meeres; fast alle anderen wurden schwerer oder leichter zerstört. Tausende und aber Tausende gesunder und lebensfroher Menschen — die Söhne deutscher und englischer Mütter — hauchten ihr junges Leben aus unter dem entsetzlichen Eisenhagel oder in den öden Untiefen des Stagerrak. Wozu? Wofür?

In der Heimat aber und in der Etappe knallten Sekt- und Champagnerflaschen, wurde bei Schlemmerei und Böllerei mit trunken-gehlender Stimme ein herrlicher Sieg gefeiert. Während in den beschädigten Schiffen Tausende mit dem Tode rangen; während die Wellen der Nordsee mit Männerleichen spielten wie mit Seetang.

Sechs Jahre sind vergangen seit dieser Menschheits- schande. Und jedes Jahr aufs neue wiederholen sich die Feiern. Nicht Trauerfeiern etwa! Nein, Siegesfeiern! Festfeiern! Bei Musik, bei Zirkusradu und bei Trink- gelagen.

Stagerrakfeiern nennen sich diese, jedes Kulturmenschen unwürdige, jeden Denkenden beschämenden Festtrummel.

Auch in Lübeck gibt es offenbar eine Anzahl Menschen, denen bei jeder Gelegenheit der halbverdaute Nationalismus ausfließt. Daß sie eine Stagerrakfeier abhalten mußten, ist wohl selbstverständlich. Viele hingehen sich sogar die Gewänder alter Offiziersherrlichkeit um und stolzierten wie frischverheiratete Frauen durch den bunten Hühnerhof dankbar lächelnder Unteroffiziere und im Glanz höchster Vorgesetzter sich sonnender Offiziere. Stillgestanden! Eine Erzellez hält eine Ansprache. Endlich hört man wieder einmal die so lang entbehrten, einst so süßen Laute einer wichtigen „Erzellenz“.

Die Augen bekommen ein stillvergnügtes Leuchten; wie die letzten Lichter durch Altjungfernblicke huschen sie dienst- eifrig hin und her: als ein Jünger Christi, ein Pastor — „Liebet eure Feinde wie Euch selbst“, predigt dieser Mann manchmal zur Abwechslung — von dem gewaltigen Seesieg unserer stolzen Flotte phantasierte.

Und die Augen werden finster und entrüstet; wie die Augen eines gutdresierten Pudels, der „schlimm“ macht: als der pastorale Apostel über Versöhnung zu schmettern an- fang von der Genußgier, der Zerrissenheit, dem moralischen Schiffbruch der Menschheit seit der Revolution. Profit! Stagerrak soll leben!

Da überfiel ein wildes Delirium die Anwesenden. In kolhem Taumel schlangen sie gefüllte Gläser; brüllten sie „Deutschland, Deutschland über alles“. Und noch lange ließen sie in froher Feststimmung bei herrlicher Beleuchtung beisammen — um Stagerrak zu feiern.

Im Sand der Nordsee aber vermodern Tausende junger Menschen; in Stadt und Land trauern Tausende von Müt- tern und Kindern um Vater oder Sohn. Stagerrak hat ihnen alles genommen: Vater, Kind, Gatten. Profit Sta- gerrak! Vielleicht geht Christus wieder einmal über die Erde und schaut seinen „Freunden“ und „Rindern“ in die Augen. Auch ihn würden sie wahrscheinlich zu einem „water- landslosen Gefellen“ umstempeln.

Das Stagerrak-Delirium hat auch sonst seine Opfer ge- fordert. Eine Lübecker Zeitung — der Zwitter zwischen einer militärischen Instruktionsschule und einer amtlichen Bekundigungsstanz — veröffentlichte einen Stagerrakartikel. „Stagerrak“ heißt dessen Ueberschrift; Sonnenlicht müßte sie heißen.

Der Versuchung, unsern Lesern diesen kurzen Aufsatz wörtlich — mit geringfügigen Kürzungen — wiederzugeben, können wir nicht widerstehen. Manche werden sich ja aus der Instruktion derartiger Geistesmorde noch erinnern. Sie werden sich mit doppeltem Genuß daran ergötzen. Mögen die Arbeiter aufmerksam die folgenden Amtsblattzeilen lesen. Sie sind ein klarer Beweis für die Zukunftspläne der Herren Offiziere:

„Sechs Jahre sind vergangen seit dem Tage, da Deutsch- lands Kriegsflotte mit stolz im Winde flatternder Flagge Schwarzweißrot hinausfuhr, um Englands bis dahin unbe- siegter Flotte den schwersten Schlag zu versetzen, den sie in ihrer jahrhundertalten Geschichte erlebt, ihr den Lorbeer der Unbesiegbarkeit zu entreißen.

„Endlich“, so jauchzte es heraus aus deutscher Seemanns- brust, als sich die englischen Schiffe zeigten und zur Entsch- eidungsschlacht stellten, hatten die deutschen Seeleute doch so lange in unfreiwilliger Untätigkeit verharrt und mit Reid auf die Taten der Arme und auf die Selbstenfahrungen der Unter- seeboote und Kreuzer blicken müssen. Endlich konnten sie jetzt zeigen, daß auch die Großkampfschiffe und Geschwader, die Tor- pedoboote und was sonst zur Schlachtflotte gehört, samt ihren Kommandanten und Mannschaften hohes und höchstes leisten konnten. Und sie haben es bewiesen im Donner der größten Seeschlacht, die die neuere Geschichte kennt!

Von ruhmgekröntem Seeschlachtsführer, Admiral Scheer, bis zum letzten Matrosen, Artilleristen und Heizer, sie alle haben sich am Stagerrak unergänglichen Vorbeers Kränze um die Schläfen gewunden. Ihnen allen gebührt der Dank des deutschen Volkes für alle Zeit.

Mancher, der hinausfuhr, die Brust geschwellt voll stolzen Kampfesmut, er kehrte nicht heim, die See ward sein Grab. Ihre Wellen rauschen ihm ein ewiges Lied von Ruhm und Sieg, vom Tod fürs Vaterland.

„Sieg“ jauchzte es in der Flotte, als die Morgenjonne des 1. Juni durch die Nebel brach und zu erkennen war, daß die englische Flotte das Weiße gesucht hatte, geschlagen vom deutschen Seemannsgeist. „Sieg“ jubelte es durch Deutschlands Gauen, als die Kunde von der Seeschlacht am Stagerrak ver- breitet ward, als bekannt wurde, daß die zitternmäßig stark überlegene englische Flotte geschlagen war, als das deutsche Volk vernahm, welche Verluste der Union Jock gehabt hatte durch deutschen Draufgängermut!

Die alte stolze Flotte, sie ist dahin. Nicht Feindesmacht hat sie bezwungen. Verrat ging um und wart Deutschland nieder. Ausstiefern sollten wir Deutschlands unbeflegte Schlachtschiffe, unter fremder Flagge sollten sie die Meere kreuzen. Da flammt in dem deutschen Seemannsherzen der Geist vom Stagerrak wieder auf. Ein „niemals“ entwarf sich der zornbelebten Brust und mit wehender Flagge Schwarzweißrot sanken die deutschen Schiffe in der Bucht von Scapa Flow auf den Grund, verlornt von deutscher Hand! Ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Marine! Auch ihnen, die diese Tat vollbracht, ge- bührt der Dank der Deutschen!

Die alte reine stolze Flotte Schwarzweißrot, sie ist einmweilen gestrichen. Freiwillig hat der Teil des deutschen Volkes, der sich auch innerlich dem Feinde unterwarf, sie vom Mast geholt. Im Herzen der wahrhaft deutschschlachten Männer und Frauen aber lebt sie fort und der Tag wird kommen, wo sie wieder hoch an deutscher Schiffe Mast flattert.

Unsere Flotte ist heute klein. Sie hat das Erd angetreten, das die Kämpfe vom Stagerrak und die Helben unserer deutschen Kreuzer, unserer Unterseeboote ihr übergeben. Der alte deutsche Seemannsgeist er wohnt in ihr. So kann das deutsche Volk hoffen und glauben, daß einst, wenn die Fesseln von uns fallen, die das Schwachdiktat von Versailles uns angelegt hat, auch eine stolze starke deutsche Flotte wieder auf des Weltmeers weiten Fluten die deutsche Flagge zeigen wird. — Möge dieser Tag bald anbrechen!

Wirklich Unparteiische mögen ihr Urteil abgeben! Haben wir übertrieben, als wir von einem Sonnenlicht- Artikel sprachen? Profit Stagerrak! Seine holländische Majestät, hurra! Glück, glück! Hurra! Glück, glück!

Der Dollar = 272 Mark.

Berlin, 1. Juni.

Trotz der günstigen Aufnahme der deutschen Reparations- note in Paris und London zeigten die Devisen am Donnerstag an der Berliner Börse noch eine gewisse Widerstandskraft. Man verwies darauf, daß der steigende Import englischer Kohle sowie die verstärkte Zufuhr ausländischen Getreides, Rohweizens und Zuckers eine beträchtliche Verschlechterung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz im Gefolge haben werde. Diese erneute Bilanz steht einer stärkeren Erholung der Mark im Wege. Amlich notierten Kabel New York 272½, London 1212½, Holland 10575. An der Effektenbörse waren die Kurse infolge der Deckungskäufe der Baissespekulation etwas gebessert. Das Publikum hält sich jedoch dem Geschäft noch fern.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Der Zahlungsausschuss endgültig festgelegt.

Berlin, 1. Juni.

Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslasten- kommission in Paris am 31. Mai, abends, folgendes Schreiben zu- gehen lassen:

Paris, 31. Mai. Die Reparationskommission an den Herrn Reichskanzler Dr. Wirth!

Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schreibens des Reichskanzlers vom 28. Mai zu bestätigen, in welchem die Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung bereits ergriffen hat, um die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in dem Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gestellt worden sind. Die Kommission beehrt sich, Ihnen in der Anlage Abschriften ihrer Entscheidung Nr. 1976a mitzuteilen, in welcher gemäß dem im letzten Abschnitt der Ent- scheidung Nr. 1841 vom 21. März vorgezeichneten Verfahren der vorläufige Zahlungsausschuss bestätigt wird. Bei der Bedeutung einer sofortigen Entscheidung über die Frage des Aufschubs habe die Kommission geglaubt, berechtigt zu sein, die genannte Ent- scheidung schon jetzt zu treffen, obwohl mehrere Punkte des Schrei- bens, dessen Empfang sie bestätigt, noch weiter aufgeklärt werden müssen. Sie hat dabei die Frage, die sie als noch nicht geregelt betrachtet, auf später verlagert, damit sie alsdann in der in dem Text der Entscheidung angegebenen Weise behandelt werde. Diese Frage wird Gegenstand einer weiteren Mitteilung bilden, die in nächster Zeit an den Reichskanzler gerichtet wer- den wird.

Dubois und John Bradburn,
Bemelmann und Raggi.

Die dem Schreiben beiliegende Entscheidung hat folgen- den Wortlaut:

Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen Reichskanzlers vom 28. Mai aufmerksam geprüft, in welchem die Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung be- reits ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in dem Schreiben vom 21. März und 13. April hin- sichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlun- gen gestellt worden sind. Die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung mit diesen Maßnahmen nicht eher begonnen hat. Sie erkennt aber in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung gegebenen Erklärung an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat, und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernstliche Anstrengung bilden, um den Forderungen der Kommission zu entsprechen. In- folge dessen beschließt sie, den am 21. März bewilligten vorläufigen Aufschub für einen Teil der während des Jahres 1922 in Aus- führung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen zu be- stätigen. Dieser Aufschub für das Jahr 1922 wird also mit dem 1. Juni, entsprechend dem letzten Abschnitt der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März 1922, endgültig. Die Kommission nimmt davon Kenntnis, daß wegen der Einzelheiten verschiedener Abmachungen zur Erfüllung der von der Kommission gestellten Bedingungen eine Besprechung zwischen der deutschen Regierung und dem Garantienkomitee stattfinden wird. Sie vermerkt ander- seits, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld von der deutschen Regierung nur für den Fall als geeignet betrach- tet und in die Praxis umgesetzt werden, daß Deutschland eine ausreichende Unterstüttung durch eine auswärtige Anleihe erhal- ten kann. Die Reparationskommission muß darauf hinweisen, daß der hiermit bestätigte Aufschub gemäß dem Schluß des letzten Abschnittes der Entscheidung Nr. 1841 in jedem Augenblicke wider- rufen werden kann, falls die Kommission später zu der Ueber- zeugung gelangt, daß Deutschland es an der Erfüllung der fest- gesetzten Bedingung fehlen läßt. Unbeschadet ihrer allgemeinen Befugnisse, die sie sich in dem genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sich die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den Aufschub zu widerrufen, falls sie zu irgend einem Zeitpunkt von dem Fortschritt der Regelung der noch in Schweben befindlichen Fragen nicht befriedigt sein sollte, oder falls Deutschland in Er- mangelung des von ihm gewünschten Hilfsmittels einer aus- wärtigen Anleihe die im Schreiben des Reichskanzlers vom 28. Mai hinsichtlich der Begrenzung der schwebenden Schuld im Einzelnen aufgeführten Maßnahmen nicht ausführen und andere Abmachungen zur Regelung der Frage des Gehaltetrages im Haus- halt und der schwebenden Schuld in einer die Kommission be- friedigenden Weise statt dessen zustande kommen sollten.

Schwierigkeiten für die internationale Anleihe.

Paris, 1. Juni.

„Deuvre“ berichtet: Der internationale Anleiheauschuss sei gestern nachmittag wiederum zusammengetreten. Der Holländer Bissering habe über seine Reise nach Berlin berichtet. Das Blatt glaubt zu wissen, daß er sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weniger günstig aussprach, als man es hätte glauben können. Die Lasten, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlege, seien wirklich übermäßig. Der Anleiheauschuss komme mehr und mehr zu der Überzeugung, daß es schwierig sei, einem Staate Vorstöße zu geben, auf dessen Gesamtvermögen bereits eine Hypothek von 132 Milliarden Goldmark laste, die außerdem noch durch die Okkupationskosten erhöht werde. Tatsächlich, so schließt das Blatt, werde der Bankenausschuss unwillkürlich gezwungen sein, das Reparationsproblem, die Garantieforderung und die Frage der internationalen Schulden in der Gesamtheit zu prüfen. Unter diesen Bedingungen sei es möglich, daß der Ausschuss sehr bald einen Bericht verfassen werde, in dem er erklärt, daß unter dem augenblicklichen Regime des Vertrages von Versailles Deutschland kein Kredit gewährt werden könne.

Die Vorbereitungen für Haag.

SPD. Berlin, 1. Juni. (Drahtbericht.)

Es wird uns gemeldet: Bisher hat die französische Regierung auf das Einladungsschreiben des italienischen Kabinetts nach dem Haag nur mit einem formalen Bestätigungsschreiben geantwortet. In dem Schreiben wird unter anderem gesagt, daß Frankreich seine endgültige Entscheidung über die Teilnahme später präzisieren. Französische Blätter fügen hinzu, daß das französische Außenministerium zurzeit unter zahlreicher Beteiligung von Sachverständigen mit der Ausarbeitung eines Memorandums bezüglich der Russenfrage beschäftigt ist. Dieses Memorandum soll bereits in aller nächster Zeit sämtlichen Regierungen zugänglich gemacht werden, die an der Konferenz im Haag teilnehmen. — Es scheint, daß Frankreich seinen alten Standpunkt in der Frage der Vorkriegsschulden und des Privateigentums aufrechterhält, so daß man bei einer Beteiligung der französischen Regierung im Haag im voraus neue Konflikte zwischen Italien und England einerseits und Frankreich andererseits erwarten muß. Wie verlautet, beschäftigt Poincaré, der französische Ministerpräsident, die französische Kammer über eine Teilnahme des französischen Kabinetts an der Haager Konferenz ein entscheidendes Wort mitzureden zu lassen.

Wie wir aus vorläufig noch unbestätigten Meldungen und Mitteilungen entnehmen, hat Amerika eine Teilnahme an der Haager Konferenz endgültig abgelehnt. Das diplomatische Korps in Washington soll daraufhin einen Schritt beim Staatssekretär Hughes unternommen haben, um ihn zu ersuchen, wenigstens Vertreter in die rein wirtschaftlichen Kommissionen zu entsenden.

Die polnische Gewerkschaft gegen den Militarismus.

SPD. Breslau, 1. Juni. (Drahtbericht.)

Der Wirtschaftskongress der polnischen freien Gewerkschaften schloß nach der „Breslauer Volksmacht“ mit Stimmenmehrheit folgende Resolution:

„Der zweite Gewerkschaftskongress in Polen erblickt im Militarismus den größten Feind jeglicher sozialistischen Bestrebung der Arbeiterklasse. Er erhebt feierlichen Protest gegen jegliche Bewaffnung und fordert weitgehendste Verminderung des stehenden Heeres und der Waffenherstellung bis zur vollkommenen Einstellung dieses Industriezweiges. Gegenwärtig drohen die Regierungen der kapitalistischen Staaten Sowjet-Rußland unter aktiver Teilnahme der polnischen nationalpolitischen Spähere mit neuen Kriegskonflikten, indem sie ihre kapitalistischen Interessen hinter der Frage des nationalen Interesses verbergen. Die polnische Arbeiterklasse, die ihre Unabhängigkeit hoch einschätzen weiß, erklärt, daß sie den einzigen Schutz ihrer Wirtschaft und Politik in einem dauernden Frieden erblickt, sich mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Rom solidarisiert, und sich bereit erklärt, jedem Versuch, einen Krieg heraufzubekommen, im Notfall mit dem Generalstreik entgegenzutreten. Sie fordert das Proletariat aller kapitalistischen Länder und Rußlands auf, in gleicher Weise vorzugehen.“

Die „Volksmacht“ berichtet, daß auf dem Gewerkschaftskongress Anklagen gegen die polnische Regierung wegen ihrer Passivität in der Arbeitergesetzgebung erhoben wurden. Das von der Regierung errichtete Arbeitsministerium hat durchaus nicht seine Aufgaben erfüllt, und von der Einführung neuer Vergünstigungen für Arbeiter und neuer sozialer Einrichtungen war nicht die Rede, da das Ministerium keine neuen Pläne nach dieser Richtung zu einbringen. Die polnische Reaktion hat sich mit den reichen Bauern zusammengeschlossen und führt einen Kampf gegen die Gewerkschaften der Arbeiter. Diese Anklage veranlaßte den anwesenden Arbeitsminister Darcowski zu einer Antwort, in der er die Schuld an der Nichtdurchführung neuer sozialer Gesetze auf die Krise in der Industrie zurückführte. Auch lasse sich das neue Arbeitergesetz selbst aus Mangel an allgemeiner Mitarbeit nicht durchführen, da in Polen so wenig Verständnis für die sozialen Verhältnisse vorhanden sei. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es nach Angliederung Oberschlesiens vielleicht möglich sein wird, die dort bestehende Arbeitergesetzgebung ebenfalls auf das übrige Polen auszuweiten. Am Schluß der Tagung fasste der Kongress eine Resolution, in der er sich gegen die Anklagen gegen das Wahlrecht und die beschlossene Festsetzung der Wahlordnungen, sowie gegen die in Polen gegen die Arbeiterorganisationen von nationalen Minderheiten verübten Repressalien wandte.

Stimmunt über Polens Verhältnis zu Deutschland.

Warschau, 2. Juni.

Der polnische Außenminister Skirmunt gab Pressevertretern gegenüber Erklärungen ab über die Genauer Konferenz. Hierbei äußerte sich Skirmunt mit einem gewissen Optimismus über die Konferenz im allgemeinen und Polens Stellung dort im besonderen. Von besonderem Interesse ist, wie er dabei die deutsch-polnischen Beziehungen in Warschau als eine befriedigende

Führungnahme außerhalb der Konferenz hinstellte, die aber gezeigt haben, daß Grundlagen für politische und wirtschaftliche Verhandlungen vorhanden seien. Auf der anderen Seite aber unterstrich Skirmunt die engen Beziehungen zu Frankreich und zur kleinen Entente.

Das neue österreichische Kabinett.

Wien, 1. Juni.

Wie verlautet, wurde bei den gestrigen Parteibesprechungen der Christlichsozialen und der Großdeutschen die Ministerliste erörtert. Das neue Kabinett soll sich aus sieben Christlichsozialen, drei Großdeutschen und einem Beamten zusammensetzen. Es werden genannt: als Kanzler der Obmann der Christlichsozialen Prälat Dr. Seipel, als Vizekanzler und für Inneres Franz (großdeutsch), für Finanzen Segur (Christlichsozial), für Auswärtiges der bisherige Handelsminister Grünberger; die Justiz soll Waber (großdeutsch), den Handel Kraft (großdeutsch), die soziale Verwaltung Schmitz (Christlichsozial), die Landwirtschaft Foedermaier (Christlichsozial), das Heerwesen Banguin (Christlichsozial), das Verkehrswesen Döhrnal (Christlichsozial) und den Unterricht Dr. Schneider (Christlichsozial) übernehmen.

Der Sieg des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Das Resultat der Betriebsrätemahlen bei der Reichseisenbahn liegt jetzt endgültig vor. Danach erhielten bei der Stimmabgabe zum Hauptbetriebsrat der Deutsche Eisenbahner-Verband 301 970 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahner-Verband 35 575, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 45 272 Stimmen und die von den Kommunisten aufgestellte Liste der sogenannten revolutionären Betriebsräte 29 550 Stimmen. Bei den Wahlen zu den Bezirksbetriebsräten verteilten sich die Stimmen in anderer Weise, und zwar erhielt der Deutsche Eisenbahner-Verband 313 656, der Allgemeine Eisenbahner-Verband 35 614, die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 45 299 und die Zersplitterungsliste der „Revolutionäre“ 16 847 Stimmen. 76,24 % aller abgegebenen Stimmen fielen auf den Deutschen Eisenbahner-Verband.

Die 25 Mandate des Hauptbetriebsrats verteilen sich danach wie folgt: D.E.V. 20, A.E.V. 2, G.d.G. 2, revolutionäre Liste 1. Der Deutsche Eisenbahner-Verband verzeichnet also einen Gewinn von 1 Mandat zum Hauptbetriebsrat, denn er war bisher mit 19 Mandaten dort vertreten, während A.E.V. und G.d.G. je 3 innehaben. Der Deutsche Eisenbahner-Verband steht somit auch auf dem Gebiete des Betriebsrätewesens innerhalb der Reichseisenbahn an führender Stelle. Alle Verleumdungen der im bürgerlichen Lager stehenden Gegner im Verein mit den Quertreibern „revolutionärer“ Maulhelden aus den eigenen Reihen vermöchten ihm den überragenden Sieg nicht freitig zu machen. Die Schlagfertigkeit einer Organisation und die Vernunft der Eisenbahnarbeiterklasse machten alle Bemühungen der Gegner von rechts und — sozusagen — von links zu scheitern.

Reichspräsident und Reichskanzler auf Urlaub.

Berlin, 2. Juni.

Der Reichskanzler Dr. Wirth tritt heute, spätestens aber am Sonnabend seinen Pfingsturlaub an. Er begibt sich nach Freiburg, zu kurzem Aufenthalt nach Konstanz und wird schließlich noch in Stuttgart der württembergischen Regierung einen Besuch abstatten. Der Reichspräsident begibt sich in der nächsten Woche zu einem etwa dreiwöchigen Urlaub nach Triandstadt. Von dort wird er die Münchener Gewerkschau in München am 13. oder 15. Juni besuchen.

Ein deutschnationales Verständnis.

Ein Artikel des „Berliner Lokalanzeigers“ über die Konzeptionspflicht für den Kartoffelhandel beginnt mit dem folgenden Satz:

„Die Katastrophe, die die Freigabe des Kartoffelhandels über die gesamte Bevölkerung gebracht hat (hundertfache Friedenspreise!), hat zu neuen Bestimmungen geführt.“

Wenn jetzt die deutschnationalen Blätter noch hinzusetzen wollten, wer die Aufhebung der Kartoffelwirtschaft erzwungen hat, dann könnte sich die arbeitende Bevölkerung über Freund und Feind rajch klar werden.

Ist es möglich?

Einem Schreiben aus Kiel entnehmen wir die Mitteilung, daß zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin“, der etwa zwei in Dienst gestellt werden und auf mehrere Monate nach Spanien und Südamerika jagren soll, um dort die deutsche Flagge zu zeigen, der Kapitän v. Löwenfeld ansersehen ist, der ehemalige Führer der nach ihm benannten Marinebrigade. Der Reichswehrminister soll nach der Mitteilung durch den Chef der Marineleitung bereits bestimmt worden sein, gegen die Ernennung Löwenfelds keinen Einspruch zu erheben, während die Befähigung des Reichspräsidenten noch aussteht. Die Brigade Löwenfeld hat während der Kapplage eine beratig reaktionäre und republikfeindliche Haltung gezeigt, daß sie kein ungeeigneterer Vertreter der Deutschen Republik, namentlich gegenüber den streng republikanisch und demokratisch gerichteten südamerikanischen Staaten denken läßt, als ihr ehemaliger Kommandeur. Wie die Vertreter des altpreussischen Systems gerade in diesen Ländern zum „Segen“ des deutschen Volkes wirken, das sollte man doch aus der Kriegszeit her wissen. Wir erinnern an den Fall des jamaikanischen Grafen Turburg, der als amtlicher Vertreter Deutschlands in einem Briefe den Kaiserpräsidenten einer südamerikanischen Republik, in der eine harte deutschfeindliche Stimmung war, kurzerhand als „Ekel“ bezeichnete, wodurch die Stellung Deutschlands natürlich sehr verbessert wurde.

Der Waffengebrauch der Polizei.

Im Preussischen Ministerium des Innern werden zurzeit die Vorschriften über den Waffengebrauch der Erkundungsbeamten der Polizei nachgeprüft, da das Reichsgericht jüngst anlässlich eines Beschlusses während der Revolutionen nach sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Polizeibeamten zur Anwendung der Waffe, um einen Flüchtenden zum Stehenbringen zu veranlassen, nicht beugt und die Abgabe von Schüssen auf den Flüchtenden nicht erlaubt sei. Diese höchgerichtliche Entscheidung dürfte in Preußen zur endgültigen Aufhebung des

Heineichen Schießverlasses führen, der allerdings schon seit längerer Zeit infolge von verschiedenen unliebsamen Zwischenfällen bei dem Gebrauch der Schußwaffe durch die Säug- und Kriminalpolizei geändert und gemildert worden ist.

Runge / Rosbach / Weber.

In der hier veröffentlichten Aussage Runges war auch die Rede von einer militärisch organisierten Arbeitersmannschaft, die unter der Leitung eines Majors Weber ihren Sitz in Callow, Post Rahlow, in Mecklenburg hat. Als angelegliche Landarbeiter liegen die Soldaten dieser Truppe auf den Gütern herum, um im Bedarfsfalle Verwendung als Soldaten zu finden, während Major Weber sich Wirtschaftsinpektor nennt.

Weber diesen militärischen Verband, dem Runge eine Zeitlang angehört hat, und der mit den Rosbach-Weuten in enger Fühlung steht, erfährt der „Vorwärts“ jetzt näheres. Major Weber wurde nämlich vor einigen Wochen, am 10. April 1922, am Lehrter Bahnhof verhaftet, als er mit einem zusammengestellten Transport nach Mecklenburg jagren wollte. In seiner Begleitung war ein gewisser Bruno Friede, ein 22jähriger junger Mann, der in Halensee, Rüstener Str. 28, bei seinen Eltern wohnt und der der Arbeitergemeinschaft Rosbach angehört. Auf dem Weg zur Wache war Friede ein in rotes Leder gebundenes Notizbuch fort, das jedoch gefunden wurde. Dieses Notizbuch enthält Aufzeichnungen über Anforderungen von Maschinen, Munition, Armeepistolen, Flugzeugteilen usw., außerdem Adressen russischer Offiziere mit Charakteristiken wie „vertrauenswürdig“, „leistungsfähig“, „ziemlich heruntergekommen“ usw., schließlich auch Verpflegungseinrichtungen für Transporte.

Während Friede in Haft gehalten und der Staatsanwaltschaft zugeführt wurde, wurde Major Weber am nächsten Tag wieder entlassen. Seitdem gehen fast täglich seine Transporte vom Lehrter Bahnhof ab, meist über bestes Rahlowemengende, das sich in den Wartefallen unglaublich aufstaut. Weber hat auch Verbindungen mit dem deutschnationalen Arbeitersmannschaft in der Schellingstraße. Zweifellos steht seine Organisation auch in Beziehung zu der Rosbach-Truppe, wie aus der Verbindung Webers mit Friede hervorgeht.

Durch das Notizbuch Friedes ist u. E. der Beweis erbracht, daß die ganze Arbeitsvermittlung nach Mecklenburg nur der Vorbereitung zur Schaffung einer militärischen Truppe ist, und damit ist die rechtliche Handhabung gegeben, diesem Treiben ein Ende zu machen, was möglichst bald geschehen sollte.

Trendutsche Brüder.

Wir lesen im „Vorwärts“:

Kürzlich wurde durch deutschnational-antifemilische Blätter der christliche „Zentralverband der Landarbeiter“ beschuldigt, einen Betrag von neun Millionen Mark zur Agitation gegen die gelben Landhundertarbeiter aufgewendet und einen Streik der Landarbeiter in Deutsch-Krone hervorgerufen zu haben. Darüber natürlich große Entrüstung bei den Christlichen, die den angreifenden deutschnationalen Parteigenossen eine formelle Berichtigung senden, wonach sie erstens nicht neun Millionen bei den Landwirten zu Agitationszwecken gesammelt hätten und zweitens der Streik in Deutsch-Krone ihnen — aufgezwungen worden sei.

Der Pommerische Landbund veröffentlicht nun als Antwort auf diese Berichtigung das folgende Rundschreiben, das die Stettiner Bezirksleitung des Christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter zu Anfang dieses Jahres in Pommern verfaßt hat:

„Zentralverband der Landarbeiter. Christl. natl. Vereinigung der in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und verwandten Berufe vereinigten Landarbeiter, Arbeiterinnen, Forstarbeiter, Tierzüchtere, Handwerker, Kutscher, Hofmeister, Ackergehilfen und Diensthöten.“

Bezirksstelle Stettin, Stoltzingerstraße 43, I.

Stettin, 25. Februar.

Vertraulich. An den Zentralverband der Landarbeiter, Verwaltungsstelle Kolberg.

Die Zeit, den Gedanken unserer Bewegung auch in Pommern energisch vorwärts zu tragen, ist nunmehr für uns gekommen. Ein Propagandafonds in Höhe von 900 000 Mark (also nicht 9 Millionen, aber doch immerhin 900 000!) ermöglicht es uns, verschiedene Kollegen für die Agitation in Pommern freizustellen. Das Vorgehen hat in der Weise zu geschehen, daß die einzelnen Sekretäre sich auf dem zuständigen Bureau der Deutschnationalen Volkspartei die Adresse von deutschnationalen Arbeitern geben lassen. Die erhaltenen Adressen sind dann, vorläufig im Geheimen, zu bearbeiten. Der Erfolg ist an jedem 1. des Monats nach hier zu berichten.

Mit kollegialem Gruß (Unterschrift unleserlich.)

Die deutschnationalen Presse stellt sich über dies Schreiben furztbar entrüstet, weil die Parteibureaus für die Zwecke einer Gewerkschaft und sei es auch nur der christlichen, gebraucht werden. Der Deutschnationalen Partei sollen die Gelben ebenso nahestehen wie die Christlichen. In Wirklichkeit stehen sie ihm natürlich viel näher.

Was aber die Sache besonders pikant macht, ist die Tatsache, daß der Vorsitzende des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter, der Stöckerjunge Behrens, bekanntlich Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist. Die Behandlung der Frage in der deutschnationalen Presse und durch den Landbund ist eine olatte Affäre an diesen christlich deutschnationalen Behrens und seine Gesinnungsgenossen.

In gleich freundschaftlicher Weise wie hier die Deutschnationalen mit ihrem Behrens sehen sich im Steiermark-Blatt „Der Deutsche“ christliche Gewerkschaftler mit den „Gelben“ Führern und Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Adams und Weidmann“ auseinander. Es wird behauptet, daß die Ausführungen dieser beiden Herren auf einer Elener Tagung „gemein“ gewesen seien. Das wird für das andere Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Herrn Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, um so erfreulicher sein zu hören, als er selbst zu dem im „Deutschen“ mitgenannten „Christlichen“ Gewerkschaftsführern gehört und ihm seine parteigenössische Kameradschaft zu den „Gelbenführern“ sicher nicht viel im Wege sein bei den Christlichen haben wird.

Die Uebergabe Oberschlesiens wird etwa am 10. Juni beginnen und ungefähr 14 Tage beanspruchen. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen wird aber erst endgültig am 1. Juli gezogen sein. Darauf werden laut B. L. sofort Vorarbeiten für die Autonomiebestimmung in die Wege geleitet werden.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Offiziere Krull und Bracht wegen Diebstahls bezw. Fehleret (es handelt sich um die der Rosa Luxemburg nach dem Nord entwendeten Wertgegenstände) wurde das Urteil gesprochen. Krull erhielt wegen Diebstahls in zwei Fällen drei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ die von der Staatsanwaltschaft angeführten Milderungsgründe gelten, daß Krull nicht aus materieller Abicht gehandelt habe, sondern die entwendeten Sachen nur als Trophäe behalten wollte. Gegen Bracht erkannte der Gerichtshof wegen versuchten Betruges auf 500 Mark Geldstrafe.

Amerika und Rußland. Die „Westminster Gazette“ meldet aus New York, in Chicago sei eine russisch-amerikanische Korporation mit einem Kapital von 200 000 Pfund gebildet worden, die die jetzt bestehenden Zuckfabriken in Rußland (davon drei in Moskau) gemeinsam mit der Sowjetregierung in Betrieb zu nehmen.

Von der „Futterrippe“.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Der Reichstag hat am 27. Mai das Gesetz über die Verwendung von Wartegeldempfängern und das Pensionierungsgesetz verabschiedet und damit dem Rechtsempfinden weiter Volkstreu, nicht zuletzt auch der Beamten, Rechnung getragen. Kurz gesagt, richtet sich das eine Gesetz gegen widerpenfliche Wartegeldempfänger, die einmal auf Wartegeld gesetzt, sich weigern, eine neue Dienststelle, die ihrem Wissen und Können entspricht, zu übernehmen. Anlaß hierzu gab das Verhalten einiger Oberkriegsgerichtsräte, die man bei der Aufhebung der Militärjustiz unverständlicherweise mit dem vollen Gehalt auf Wartegeld gesetzt hatte und die für die Übernahme einer anderen angemessenen Stelle im Dienst des Reiches allerhand Bedingungen stellten.

Das Pensionierungsgesetz will jenen Pensionären die Pension kürzen, welche neben ihrer Pension ein Arbeitseinkommen von mehr als 60 000 Mark jährlich haben. Die Kürzung beträgt dann die Hälfte des Betrages, um den der Arbeitsverdienst 60 000 Mark überschreitet, jedoch bleibt die Hälfte der Pension in jedem Fall gesichert. Dabei ist noch ausdrücklich bestimmt, daß bei weiteren Erhöhungen der Befoldungen und Pensionen die 60 000-Mark-Grenze entsprechend heraufgesetzt wird. Jeder nur einigermaßen Kundige sieht auf den ersten Blick, daß die breite Masse der unteren und mittleren Beamten, ja auch der höheren Beamten, an dem Gesetz gar kein Interesse hat. Das Gesetz trifft nur Pensionäre, die erstens im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, denn sonst würden sie nicht neben der Pension noch mehr als 60 000 Mk. verdienen können, und zum andern Posten bekleiden, die recht attraktiv sind. Der Kreis der Pensionäre, der also überhaupt in Betracht kommt, ist sehr eng begrenzt. Er rekrutiert sich nicht aus den Beamten der unteren und mittleren Befoldungsklassen. Diese Beamten sind, wenn sie pensioniert werden, verbraucht, arbeitsunfähig und nicht mehr in der Lage, große Summen durch Nebenberuf zu verdienen. Nein, es handelt sich vielmehr um jene Leute, die schon während ihrer Dienstjahre wußten, daß Arbeit nicht immer des Lebens angenehmster Teil ist, und es deshalb sehr gut verstanden, sich ihrer Arbeitsfähigkeit auch über ihre Dienstfähigkeit hinaus zu bewahren. Dazu kommen diejenigen, welche im Vollbesitz ihrer Kräfte unter dem Kaiserreich, weil Wilhelm es so wünschte, oder auch in der Republik, weil sie sich nicht umstellen konnten, oder aus Anlaß des Friedensvertrages in den Ruhestand versetzt wurden und nun neben der Pension im freien Erwerbseben eine gut bezahlte Stellung gefunden haben.

Es sei nur an die vielen hohen Offiziere a. D. erinnert, die dann als Direktoren bei Krupp oder einem anderen Industriefonzern als Reisende einer modernen Sekt- oder Automobilfirma auftraten usw. usw. Niemand wird behaupten wollen, daß es in Anbetracht der Finanzlage des Reiches gerecht ist und sozialem Empfinden entspricht, diesen Herren mit den Riesengehältern noch die Pensionen in den Haaren zu werfen. Ganz abgesehen davon, daß die meisten dieser Gents treu deutschnational sind und sich für die Monarchie — abgesehen vom 9. November 1918 — in Stille hauen lassen, sich also eigentlich zu gut halten müßten, von der verachteten Republik Geld anzunehmen. Aber auch das republikanische Geld scheint diesen Herren nicht zu stinken — und man kriegt auch dafür Sekt und Weiber! Bei dieser Sachlage hätte man zum mindesten erwarten können, daß die Herren auf den Bänken der

Rechten schweigen würden; wenn sie auch mit der Kürzung ihrer Pensionen nicht einverstanden waren. Aber weit gefehlt. Von den Deutschnationalen war es der Kanonengeneral Galtwig, der als Verteidiger seiner republikanischen Pension auftrat und als Begründung die Gefährdung der Weimarer Verfassung und der wohlverordneten Rechte der Beamten ins Feld führte. Ein Volksparteiler schloß sich ihm mit der Abwehr eines vermeintlichen Angriffs auf das Berufsbeamtentum würdig an.

Es ist wirklich erstaunlich. Vor etwa zehn Jahren haben die Konventionen selbst ein solches Gesetz verlangt. Und am Vormittag desselben Tages wandte sich der Abgeordnete Moldehauer von der Deutschen Volkspartei im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags in schärfster Weise dagegen, daß einem Unfallrentner auch nur der Teilbezug der Rente zugestanden werde, wenn er ein Arbeitseinkommen habe und sei es auch noch so gering. Auch daß den Arbeitslosen, Invaliden und Kriegsoffizieren die Rente beim Vorliegen von Arbeitsverdienst gekürzt wird, finden die Herren ganz in der Ordnung. Dagegen stört es ihr Gerechtigkeitsgefühl, wenn z. B. dem General Ludendorff die ihm von der Republik gezahlte Pension beschritten werden soll, weil er sich für die Verschäderung seiner landesverräterischen Geistesprodukte an die deutschfeindliche Northcliffepresse in englischen Pfunden bezahlt läßt und so sicher ein Arbeitseinkommen von mehr als 60 000 Mark erzielt, und daß den Herren Abgeordneten Dr. Quack (D.Vp.), Brüninghaus (D.Vp.), Graf Westarp (D.V.) und vielen, vielen anderen infolge ihres Rieseneinkommens als Generaldirektor, Syndikus, parlamentarischer Mitarbeiter großer Blätter usw. usw. nun die Pensionen etwas gekürzt werden sollen, ist natürlich wieder solch eine empörende republikanische Gemeinheit. Sie sind doch schließlich keine Unfallrentenempfänger, denen man etwas allenfalls anbieten darf.

Fürwahr, wenn man die Herren, die es wirklich nicht nötig haben, im Reichstag so um ihre Pensionen toben sah und dabei an die Armut der Armen dachte, dann bekam man wieder einmal einen Begriff von der „hohen“ Auffassung, die diese Herren von der Vaterlandsliebe haben, und man — schämte sich für sie!

Die Gesetze sind mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen worden. Einige Demokraten mühten es den Rechtsparteien zweidrittelmehrheit eine Stimme. Es ist zu erwarten, daß der Reichsrat, der größtenteils aus interessierten höheren Beamten besteht, den Gesetzen widersprechen wird, jedoch sie noch einmal im Reichstag zur Abstimmung und zur sicheren Annahme gelangen.

Wenn von der Rechten behauptet wird, daß die Gesetze einen Angriff auf das Berufsbeamtentum und seine wohlverordneten Rechte darstellen, so muß diese Unterstellung aufs schärfste zurückgewiesen werden. Keine der Regierungsparteien, SPD., Zentrum, Demokraten, die in erster Linie für die Gesetze verantwortlich sind, ist Gegnerin des Berufsbeamtentums. Und ebensowenig denkt eine von ihnen daran, die wohlverordneten Rechte der Beamten anzutasten. Es kann aber von niemand verlangt werden, — und auch nicht von der Republik — daß Zustände gebildet werden, die dem Gerechtigkeitsempfinden des Volkes einfach zu widerlaufen und zu einem öffentlichen Skandal auszuarten drohen.

Das Wohl der Gesamtheit des Volkes und der gesunde Menschenverstand sind Grenzen, die für alle gezogen sind, auch für die Beamten. Ueber sie gehts nicht hinaus — selbst wenn es sich um die Pension eines Generals Ludendorff handelt.

zusammengeschoben), nicht gegen uns verwenden werde, aber wir sind unfröhlich geworden, ob sie mit irgendwelchen ihr noch zu gewährenden Mitteln den Ereignissen gewachsen sein, und ob nicht eine andere Regierung an ihre Stelle treten werde, welche an keinen Abschluß mit uns gebunden ist. Gewiß kann die Regierung ohne eine tüchtige Armee Paris nicht bewältigen. Aber mit der Tüchtigkeit der Truppen wächst auch die Gefahr, welche Deutschland läßt, einen neuen Krieg gegen etwaige Nachfolger führen zu müssen. . . .

Sobald wir, wozu von London aus Unterhandlungen gesucht werden, einen eventuellen Friedensvertrag mit ihm (Napoleon) berechnen auf den Fall, daß die Ereignisse ihn an das Ruder bringen, abgeschlossen hätten, könnten wir dem Verlauf der Dinge nach dieser Richtung hin beruhigter entgegensehen. Bis dahin aber liegt es nicht in unserem Interesse, bei den gleichmäßig fortzujehenden Transporten der Gefangenen die Truppenteile, von deren unbedingter Anhänglichkeit an das Kaiserium wir überzeugt sind, vorwegzuschicken.

Man sieht daraus, daß Bismarck zwar freundlichweise der französischen provisorischen Regierung gern durch rasche Rücksendung der Kriegsgefangenen helfen wollte, die Pariser Unruhen niederschlagen, aber soviel Kriegsgefangene wollte er auch nicht hergeben, daß sich womöglich daraus eine kaisertroue Armee bilden konnte. Daraus ist zu entnehmen, wie erfrischend nüchtern der „eiserne Kanzler“ und „Schmied der deutschen Reichseinheit“ über abgeschaffte Kaiser gedacht hat.

Ebenso praktisch wie über abgeschaffte Kaiser dachte Bismarck auch über den Krieg. Wohlgerne über den Krieg, den bestimmte reaktionäre Kreise 1876 in Frankreich gern wieder gegen Deutschland angezettelt hätten. Damals schrieb die „Post“ einen Artikel, der ein schauerlicher Alarmruf, eine Warnung vor der französischen Kriegsgefahr darstellte. Bismarck meinte dazu im Reichstag, daß er „nach seinem Wissen“ niemals habe einen Artikel für die „Post“ schreiben lassen. Er meinte weiter:

„Aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minderheit zum Kriege treibt, dann soll man nicht laut schreien, damit die Mehrheit darauf aufmerksam wird, denn die Mehrheit hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege.“

Aus diesem Bismarckischen Urteil kann die reaktionäre Presse ersehen, warum wir jedes Nachgeschrei, das aus ihren Reihen kommt, so scharf zurückweisen.

Volkswirtschaft.

Sachlieferungen der elektrotechnischen Industrie. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der deutschen elektrotechnischen Industrie erläuterte Herr Busse Bericht über die von diesem Gewerbezweig auf Grund des Wiesbadener und des Bemelmanschen Abkommens bisher übernommenen Sachlieferungen. Die elektrotechnische Industrie habe im vorigen Jahre allein für insgesamt eine Milliarde Goldmark Offerten für Starkstromanlagen und eine halbe Milliarde Goldmark Offerten in Schwachstromanlagen abgegeben, daß aber daraufhin so viel wie überhaupt keine Antwort oder Bestellung eingegangen sei. Erst im letzten Winter habe sich der Zustand etwas gebessert und es seien bis jetzt für zusammen 312 Millionen Papiermark (161 Mill. Starkstrom, 111 Mill. Kabel und der Rest Schwachstrom) Bestellungen eingegangen. Von diesen Bestellungen entfallen u. a. nur 2 1/2 Millionen auf Frankreich, 25 Millionen auf Italien, 66 Millionen auf Belgien (nur für Telegraph und Telefon) und 117 Millionen auf Jugoslawien, alles ausschließlich für Staatszwecke. Für Privat-zwecke wurde mit Ausnahme von Serbien soviel wie gar nichts bestellt.

Biehmarkt.

S a m b u r g , 1. Juni.

Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird uns mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht Ochsen und Kühe: vollk. außgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 3100—3400 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2700—3000 Mk., fleischige (3. Qualität) 2200—2600 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1700—2100 Mk. Bullen: vollk. außgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2800—3000 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2400—2700 Mk., fleischige (3. Qualität) 2100—2300 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1700—2000 Mk. Rinder: vollk. außgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2800 bis 3100 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 2400—2700 Mk., gering genährte (3. Qualität) 1600—2300 Mk., geringste Sorte (Bursfische) 1000—1400 Mk. Schafe: Stallmast (1. Qualität) 2200—2400 Mk., vollk. Schafvieh (2. Qualität) 1800—2100 Mk., gering genährtes Schafvieh (3. Qualität) 1200 bis 1600 Mk. — Marktaufschwung: 504 Rinder (hierunter 26 Ochsen, 157 Kühe, 157 Bullen, 414 Rinder und 141 dänische Rinder), 272 Schafe. Der Handel mit Rindern verlief bei geringem Auftrieb sehr lebhaft; die Preise wurden wesentlich erhöht; mit Schafen mäßig reger.

Devisen-Kurse.

Berlin, 2. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	1. Mai.	31. Mai.
Amsterdam	100 fl.	10561.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2294.60
Kristiania	100 Kr.	4998.85
Kopenhagen	100 Kr.	5972.50
Stockholm	100 Kr.	7056.15
Helsingfors	100 finn. Mk.	576.25
Rom	100 Lire	1413.20
London	1 £	1210.95
New York	1 Doll.	272.15
Paris	100 Frs.	2476.99
Zürich	100 Frs.	5208.45
Madrid	100 Pesetas	4280.60
Wien	100 K.	2.48
Prag	100 K.	525.80
Budapest	100 K.	538.90

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 1. Juni: D. Gotland von Ogdöfund in 2 Tagen, S. Eörd in 1 Tag, D. Rastor von Rotterdam in 2 Tagen, D. Rajaden von Kopenhagen in 1 Tag, D. Sampo von Båge in 1 Tag, D. Margarete von Raumo in 3 Tagen, D. Mannmark von Trossenst in 15 Stunden, D. Bruffa von Neufahrwasser in 3 Tagen, S. Ahrensfelde von Neufahrwasser in 3 Tagen, D. Jda Blumenthal von Hamburg in 1 Tag.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst, Lübeck und Neulugon Hermann Baxer; für Handel und Gewerbe Dr. Hugo Schulz; für Inland Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.

Der Bogen war überspannt . . .

General von Deimling über Judenhege und Dolchstoß.

Im Gegensatz zu General Ludendorff und seinen Geistesverwandten, die sich täglich bemühen, sich von der Schuld am Zusammenbruch zu entlasten und diese Schuld dem deutschen Volke in die Schuhe schieben wollen, hat vor kurzem General von Deimling in einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei in Lüdingen über die Dolchstoßlegende und die antisemitischen Hegeorien Worte gefunden, die größte Beachtung verdienen, nicht zuletzt deshalb, weil sie aus dem Munde einer Persönlichkeit stammen, die das Frontempfinden der Soldaten kannte wie selten einer.

Zum Kapitel Judenhege führte General von Deimling aus: Was ihm als alten Soldaten am widerwärtigsten sei, das seien die Vorwürfe, daß die jüdischen Soldaten einer wie der andere versagt hätten. Auch unter den jüdischen Soldaten habe es solche gegeben, die das Leben höher schätzten als kriegerische Lorbeeren. Die gab es aber auch unter Christen. In seinem Korps hätten sich die Juden trefflich gehalten. Es sei statistisch unumstößlich festgestellt, daß die Juden in einer ihrer Kopfzahl entsprechenden Weise teil hatten am Kriegsdienste, Blutopfern, Dekorationen und Beförderungen. Es wäre an der Zeit, daß der Judenhege ein Ende gemacht werde. Sie baue nicht auf, sondern reize nieder.

„Das Ganze sammeln“ heißt die Parole. Die deutsche Volksgemeinschaft brauchen wir. Daß heute eine solche Volksgemeinschaft nur auf dem Boden der demokratischen Republik möglich ist, sollten auch Monarchisten und Marxisten einsehen. Wir haben nun einmal die Republik und werden sie auf absehbare Zeiten haben. Die Entwicklung der Zeit bewegt sich in der Richtung der Demokratie. Viele glauben, eine Vaterlandsliebe gebe es nicht in der Mitte, sondern nur ganz rechts. Im Gegenteil ist die Vaterlandsliebe dort, wo Aufbauarbeit geleistet und nicht bloß negiert wird. Getragen von einer großen Volksgemeinschaft könnte die deutsche Regierung auch dem Ausland gegenüber viel härter auftreten.

Noch eine Lehre ist aus dem Krieg zu ziehen: der Glaube an die große unverstehbare Kraft, die im deutschen Volke ruht. . . . Das deutsche Volk hat mit einem Heldenmut gekämpft, der in der Welt einzig dasteht. Es gibt aber Deutsche, die dem deutschen Volke vorwerfen, es habe nicht ausgehalten. (Dolchstoßlegende.) Der Zusammenbruch hatte viele Ursachen. Die entscheidende Rolle aber hat die ungeheure Uebermacht der Feinde an Menschen und Material und die Ausschöpfung der Kräfte. Wir waren einfach fertig, erschöpft; der Bogen war überspannt und mußte platzen. Schuld sind diejenigen, die es nicht zu einem Verständigungsfrieden kommen ließen, als es noch Zeit war. Das deutsche Volk hat seine Schuldigkeit im Weltkrieg bis zum letzten Mann. Es sollte sich diese Legende nicht weiter gefallen lassen. Es war ein Wunder, was das deutsche Volk geleistet hat, und ein noch kostbareres Wunder war, daß es sich aus diesem Chaos wieder aufrichtete und an die Arbeit ging. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir wieder emporkommen.

Kommunisten und Arbeiter.

Aus Kreisen der Soziald. Arbeiterpartei Rußlands wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben:

Die Arbeiterchaft Moskaus wird seit Wochen aufs tiefste erregt durch das unerhörte Vorgehen der Sowjetbehörden gegen die Arbeiter der nationalisierten Druckerei von Sytin, eines der größten Betriebe Moskaus, in dem jetzt noch circa 1000 Arbeiter beschäftigt sind. Da die Verwaltung die Entlassung von circa 200

Arbeitern, und zwar der besten und ältesten Arbeiter, die schon 20 und mehr Jahre im Betriebe standen, angeordnet hatte, verlangte die Betriebsversammlung, daß an Stelle der Entlassungen eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen würde. Die Verwaltung wollte jedoch davon nichts wissen, und als alle Verständigungsversuche der Belegschaft scheiterten, griff sie zum letzten Mittel, indem sie einen eintägigen Proteststreik proklamierte.

Die Folge war, daß die kommunistische Verwaltung sämtliche Arbeiter der Druckerei aussperrte. Nach einigen Tagen wurde ein Teil der Aussperrten wieder aufgenommen, die übrigen wurden von den Kommunisten aufs Pfahler gemorfen.

Schmähtlich war bei diesem Konflikt die Haltung des Vorstandes des Moskauer Buchdruckerverbandes. Dieser Vorstand, der nach der Ablegung des freigewählten, zum großen Teil aus Menschewisten bestehenden alten Verbandsvorstandes, von den Behörden ernannt worden ist, und seit 2 Jahren als getreuer Handlanger der Sowjetbureaucratie „provisorisch“ seines Amtes waltet, hat auch jetzt keinen Finger gerührt, um die Arbeiter der Sytinischen Druckerei vor der Willkür der Behörden zu schützen.

Das Sozialdemokratische Parteikomitee in Moskau hat aus Anlaß der Aussperrung ein Flugblatt verbreitet, in dem es gegen das schändliche Verhalten der Behörden und der „roten“ Gewerkschaftsbureaucratie Protest erhebt. Die Folge war, daß die beiden menschewistischen Mitglieder des Moskauer Arbeiterrates, die Genossen Dewjatin und Sonigberg, die mit diesem Aufruf nichts zu tun haben, verhaftet worden sind. Laut der Verfassung sind zwar die Mitglieder des Arbeiterrates unantastbar. Aber für die kommunistischen Gewalthaber ist auch die Sowjetverfassung, die sie einst als Unterjammittel gegen alle Uebel der Welt preisen, nur ein „Fetzen Papier“. Ueberflüssig zu sagen, daß das Plenum des Moskauer Arbeiterrates, das zum großen Teil aus gehoramen Mameluden der kommunistischen Machthaber besteht, die Verhaftung der beiden Genossen gutgeheißen hat.

Bismarck über Krieg und Revolution.

In der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte beginnt jetzt das Riesenswerk über die große Politik der europäischen Kabinette in den Jahren von 1871 bis 1914 zu erscheinen. Die Sammlung dieser diplomatischen Akten wird im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme herausgegeben.

Im ersten Bande wird der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen behandelt. Man erfährt aus den ersten Dokumenten, welche Mühe sich Herr Thiers und Herr Favre, die Herren der französischen Regierung, die mit Deutschland den Frieden von 1871 schlossen, gegeben haben, um die französischen Gefangenen rasch zurückzubekommen. Sie wünschten im besonderen, daß Bismarck ihnen die Gardetruppen schide, von denen sie zuverlässig glaubten, daß sie gut zur Niederschlagung der revolutionären Pariser Bewegung zu brauchen seien. Bismarck schreibt zu diesem Wunsch an den Generalgouverneur, Generalleutnant v. Fabrice:

„Wir haben zwar das Vertrauen, daß die vorhandene Regierung bis Streitkräfte, deren Konzentrierung wir zugehoben und durch beschleunigten Gefangenentransport erleichtert haben (es wurden bei Versailles 100 000 Mann französischer Truppen

Ankerlin
Bester Schuhputz

gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, verhält das Leder.

Brotpreise.

Vom Sonnabend, dem 3. Juni 1922 ab werden die Preise für Brot, welches aus bewirtschaftetem Mehl hergestellt ist, wie folgt festgesetzt:

für 1900 Gramm Roggenbrot	14.50
950	7.25
1900	16.20
950	8.10

Ueberschreitungen der vorstehend festgesetzten Höchstpreise werden nach den gesetzlichen Vorschriften bestraft.

Andere als die vorstehenden Brotorten und Brotgrößen dürfen aus bewirtschaftetem Mehl nicht gebacken werden. Die Abgabe von bewirtschaftetem Brot zu den erhöhten Preisen vor dem 3. Juni ist streng untersagt.

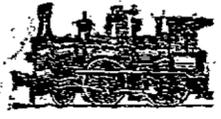
Den Wiederverkäufern steht eine Vergütung von 8 v. H. des Brotpreises zu. Die Bewilligung einer höheren Vergütung ist untersagt.

Lübeck, den 1. Juni 1922. (2800)

Das Landesverorgungsamt.

Zentrale für private Fürsorge.

Abt. Mittagsisch Fischstraße 17.
Sonnabend, Sonntag und Montag geöffnet.



Am Pfingstmontag.
5. Juni verkehrt abends ein Spätsonderzug mit 2 bis 4 Klassen von Tutin nach Lübeck mit Post auf allen Zwischenstationen. Tutin ab 9.15 Lübeck an 10.15. In Lübeck Anschluss nach Hamburg.

Käthe Zeumer
Heinrich Butt
Verlobte. (2801)
Lübeck, 2. Juni 1922.

Dankagung.
Allen denen, die unter guter freundlicher Mutter, unerschütterlicher Tochter **Alma Barthels** die letzte Ehre erwiesen haben, ihren herzlichsten Dank. (2802)
Ferd. Kiewer und Frau.
Altenborscherstr. 20.

15 Zimmerleute
Die Fabrik ist jetzt gefüllt. Gef. Ang. unter A 190 e. d. Exp. (2790)

Johs. Tollgreve
92 Königsstr. 92.

Arbeiter-Liederbuch
für Massensänger.
60 Pig.

Friedrich Meyer & Co.
Johannisstr. 44.

Arbeiter-Liederbuch
für Massensänger.
60 Pig.

Friedrich Meyer & Co.
Johannisstr. 44.

Simerbier
Sonnabend von 4-6 Uhr
2826) Brauerei Stamer.

Empfehle:
Prima fettes Rostfleisch
gekochte u. geräuch. Mettwurst
C. Kühn,
2827) Schulstraße 96.

Editer Jamaica-Rum-Verschnitt
Edit. Pott-Rum-Verschnitt.
Arrak-V., Kognak Original.

Ernst Voss
Gr. Brückstr. 59.
Fernruf 410. (2817)

Käse!
Empfehle zum Pfingstfest
Mittermeier vomk. 28.-
Romadone 34.-
Feinster Sinter 31.-
Feinstes Käsebrot 31.-
sowie alle Sorten.

Die moderne Leichtathletik.
Der Lieblingsport der alten Griechen mit 61 Abbildungen.
Von P. Brukon.
Mit 10.-
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstr. 46.

Mölers billige Fleischquelle
Frisch. Gehacktes Pfd. 74.-
Fr. Schweine, Rinder, Kalber, Schafe. Tel. 8544.

Zum Pfingstfest

Flanz-Banden	169.50, 150.-	79.50
Gürtel-Westen	150.-, 125.-	75.00
Kindersocken	mit Wolfram	enorm billig.
la. Kasse		39.50
Mittels. Kasse		39.50
130 cm Linnen f. Bettbez.	la.	95.00
140 cm " " "	la.	108.00

Kannen - Wannen - Form - Schürzen
89.50, 69.50, 49.50.

Johannes Holst
Lübeck.
Markt 6. Schulmarkt 6.

Herren- u. Damenstoffe
L. Isler, Sandstr. 24.
Spezial-Geschäft. (2818)

Man be Geht
wird die Gesundheit
leicht in Dittig
mit Gint

find die Hauptflager aus

„In Lübeck ist der Teufel los“

ab Sonnabend, (2808)
dem 3. Juni,
täglich.

So früh, bis meine Straße, die fängt auf mich
Das ist Lübeck, wie es einst und feiert

Karl Labrtz, Böttcherstr. 16.
Durchl. künstl. Gint, emp. Dittig, Dittig, 20.-
Brot, Dittig, 20.-
fr. Schweinebrat. 28.-
junges Kalbfleisch 20.-
sücker, geräuch. Speck 50
Früh. Gehacktes 28.-
(2822)

Morgen
Ziehung der Wohlthätigk.-
Lose à 2.50 Mark
Lose noch zu haben bei
Hermann Kersten,
Lübeck, Ob. Güterstr. 8.
(1897)

Spez. Verlobungsringe
359, 555, 750
u. 900 gest.
**Schmid-
locher,**
Taschen- u. Weckuhren.
Willi Westphaling
32 Golden-
straße 32

Mölers billige Fleischquelle
Fr. Schweine, Rinder, Kalber, Schafe. Tel. 8544.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertig an u. liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung
Buchdruckerei **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 46.

Heraus zum internationalen Jugendtag!
Jugendliche u. erwachsene Arbeiter,
demonstriert am 1. Pfingsttag morgens 10 1/2 Uhr
am alten Bahndamm für gemeinsamen Kampf
gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung.
Näheres siehe auf Plakaten an den Anschlag-
säulen und Tafeln.
Kommunistische Jugend Deutschlands.
Oberbezirk Nord.
(2821)

Wir sind billig!
Das reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.
Moderne reelle Schuhwaren

1 Posten starke Arbeitsstiefel	375.-	245.-
Elegante braune Damenstiefel	595.-	595.-
Elegante schwarze Damenstiefel	425.-	425.-
Elegante braune Damen-Galbschuhe	395.-	395.-
Braune Herrenstiefel	465.-	465.-
Elegante starke Leder-gamaschen	245.-	245.-

Sehr starke Kinderstiefel in allen Größen 18-20, 21-22, 23-24, 25-30, 31-35, 36-39.
Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., bekannt reelle und starke Qualitäten. (2838)

Damen-Kostüme 240.-, 395.-, 675.- u. besser.
Mod. Damen-Mäntel 450.-, 650.- u. besser.
Eleg. mod. Strickjacken 225.-
Eleg. Alpaca, Seidens, Wollmäntel
Mod. Damen-Röcke 69.50, 125.- u. besser.

Ehlers & Rectwisch
Postenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

1 Posten starke Arbeits-hosen	245.-
Gummimäntel	1275.-
1 Posten starke Manchester-hosen	395.-
1 Posten Herrenpaletots	425.-

Schöne Sommerhosen, Gehrockanzüge, eleg. Herrenanzüge, Sommerjoppen, Strohhüte, Unterzeuge, Wäsche.
Leinen - Aussteuer - Kleiderstoffe.

Markthalle Stand 16 u. 34.
Schweinefleisch Pfd. 23.-, Schweinefleisch Pfd. 17.-,
fr. Schweinefleisch mit Wade Pfd. 20.- (2816)

Steppdecken
Anfertig., Aufarbeiten u. Neubeziehen.
Spethmann, Breite Str. 31.

Jumbo-Tripel
angewandt. Das
Glas heißt ab
und die röhre
Gant werde halt
und weid. Das
Nachbesandig. ist
beru-geme be-
ubere zu empf.
zu haben in allem
Großh. Dänischen
und Parismerien.

Gewerkschaftshau
Zweiter Pfingsttag:
Großer Ball
vom Harmonika-Klub „Soreley“
Herren 4 Mk., Damen 3 Mk.
(Ohne Steuer). (28)

UT
Licht-spiele
Fähnchen 17/19.
Vom 2.-8. Juni:
Der König der Manege.
Großer Albertini-Sensations-
film in 6 Akten. Der Albertini
kennt, weiß, welche staunenerre-
gende Szenen und äußerst span-
nende Akte gebracht werden.
Der Verrat auf Schloss Trouenfels
Großartiger Filmroman in 5 Akte.
mit Erich Kaiser-Titz und
Mia de la Chapelle.
Der Seelenretter.
Lustspiel in 3 Akten. (2832)

Der große Zirkus Bell
aus Hamburg
gibt morgen, Sonnabend, den 3. Juni
seine
Eröffnungs-Vorstellung
auf dem Burgfelde.
An den Pfingstfeiertagen finden 2 Vorstellungen
statt. Nachmittags 4 Uhr: Kinder- und Fa-
milienvorstellung. Abends 8 Uhr: Hauptvor-
stellung. Kassenöffnung 7 Uhr.
Täglich abwechselndes Programm.
Es ladet ergebenst ein Die Direktion.
Der Marktall ist von morgens 10 Uhr bis
abends 6 Uhr zu besichtigen. (279)

Zentralhallen.
Morgen Sonnabend:
Großes Tanzkränzchen.

Folgende Bureaus
werden am Sonnabend,
dem 3. d. Mts., mittags
1 Uhr geschlossen: (2829)
**Bauarbeiter,
Gartenarbeiter,
Fabrikarbeiter,
Gemeinde- u. Staats-
arbeiter,
Gewerkschafts-
sekretariat,
Metallarbeiter,
Parteisekretariat,
Transportarbeiter,
Zentral-Verband der
Angestellten,
Zimmerer.**
Der Ortsausschub.

Sozialdemokr. Verein
Ortsgruppe Moising.
(2813)
Die Mitglieder-Ver-
sammlung am 3. Juni
findet nicht statt.
Näheres wird bekannt-
gegeben.
Der Vorstand.

Pfingsttour
am 1. Pfingsttag
nach Travemünde.
Abmarsch 5 Uhr vorm.
vom Arbeiter-Sporthaus
Sundestr. (2823)
NB. Weiter Anzug.

Hansatheater.
Heute Freitag
präzise 8 Uhr:
Letzte Aufführung von
Zapfenstreich.
Ab Sonnabend, 3. Juni
täglich präzise 8 Uhr:
Die große Revue
**„In Lübeck ist
der Teufel los“**

Fahnen und Banner
Vereinsbedarfsartikel.
Kostenanschläge
ohne Verpflichtung.
A. Krawehl,
Stettin 13. (2802)

Freistaat Lübeck.

Freitag, 2. Juni.

Juniepistel.

Jetzt, wo da blüht die Rose — und Du brauchst die Babehose — und die Defen ohne Feuer, — sparst Du sicher ungeheuer! — Ohne Strumpf und ohne Stiebel — wanderst Du (was garnichtibel!) — höchstens kannst Du es bezahlen — leitest Du Dir noch Sandalen! — Hut ist Luxus, also lasse — ihn beim Händler in der Masse! — Ein Jackett? Fort mit mir mit bleibel — Hast Du noch ein Hemd am Leibe, — dann genügt das! Hast Du's nicht, — rate ich Dir dazu nicht! — Kurz und gut: in diesem Mond — ist das Leben leidlich lohn, — was die Kleidung anbetrifft. — Für die Lebensmittel trifft — solches Lob zurzeit nicht zu! — Ober meinst es anders Du? — Spargel gibt's, kannst Du ihn haben? — Rirschen? Die mußt Du Dir machen! — Erdbeeren, welche Pracht, — daß das Herz im Leib Dir laßt! — Aber weder nicht zu knapp, — fordert man Dir dafür ab! — Auch die jarten Frühgemüse — sind für Dich wohl künstlich diese? — Grüne Gurken, Kopsalat — alles was schmeckt delikate! — siehst Du, der nur immer targt, — lachen auf dem Wochenmarkt! — Mensch, wird die Geduld Dir alle? — Speißt Du nicht bald Gift und Galle? — Brennt der Durst die Kehle Dir: — Bier Markt für ein Gläschen Bier! — Die Zigarre (schlechteste Sorte) — zwei Mark! Hast Du da noch Worte? — Sonntagsausflug? Bei den Kreisen — lassen lieber wir das Reisen! — Nur der Schieber noch geniest, — wenn Jasmin und Rose spriest! — Er denkt nicht an Früh-Berlornes! — Schwitzt er, löstet er Gefornes! — Jungert ihn, flugs er bestellt, — was er gerne essen möchte! — Denn er hat es ja, das Geld, — daß er sich ins Dasein flechte — wägst sich viel Vergnügen! Ja, — wozu wär sonst's Geld auch da? — Einer schlemmt in guter Ruh — und der andre schaut ihm zu, — giftet sich und flucht und murr, — wenn ihm laut der Magen knurr! — So wars schon im Januar — (weil es immer so schon war) — soll's im Juni anders sein, — wenn der blanke Sonnenschein — flimmernd um die Blüten sprüht! — Nein, es bleibt das alte Lied: — wo sich wölbt ein fetter Bauch — müssen zwangig hungern auch! — Die Moral von der Geschicht: — macht mir schlecht den Juni nicht!

Ob man auf so etwas antwortet?

Die „Kostoder Volksmacht“ tritt in ihrer Mittwoch-Ausgabe mit den bekanntesten Redaktionsmitgliedern in der Redaktion zusammen. Weshalb? Wer könnte das bei einer „Volksmacht“ jemals wissen? Weiß sie es doch selber nicht.

Das Gericht hat, aus welchem Grunde ist uns völlig unbekannt, den Termin für den Prozeß Rowad — Dr. Leber zum zweiten Male vertagt. Daß ein kommunistischer Bezieherstatter diesen Vorgang zum Anlaß nimmt, um den Genossen Leber zu beschimpfen, ist ein Zeichen dafür, daß er sonst keinen Stoff mehr zu finden weiß. Vielleicht aber sind die Kommunisten jetzt auch von jener merkwürdigen deutschnationalen Krankheit angefaßt worden, die in Lübeck schon so viel Unheil angerichtet hat! Sollte auch bei den doch sonst so handfesten Moskauer Korporalen der Name Leber schon genügen, um sie in ein mildes und hysterisches Gemüde auszubrechen zu lassen? Ausgeschlossen ist diese Möglichkeit keineswegs. Wie leicht können sich die Kommunisten bei ihrer lieblichen Umarmungen mit ihren gefinnungsverwandten deutschnationalen Republikfeinden den Atem verpestet haben!

Wie der Prozeß in Wirklichkeit steht? Der Genosse Leber hat zweimalige Vergleichsversuche der Gegenseite abgelehnt. Trotz aller jarten Rücksichtnahme auf die „Ehre eines Reichswehr- und Rapp-Butsch-Offiziers“ wird das Gericht also doch endlich daran denken müssen, den Prozeß zu irgend einem Ende zu führen. Wir

wollen dem Gericht aus seiner liebevollen Langsamkeit keinen Vorwurf machen. Wissen wir doch ganz genau, daß deutsche Gerichte absolut unparteiisch arbeiten. Auch die Ueberzeugung haben wir, daß das Lübecker Gericht ebenso gründlich, gut und langsam gearbeitet hätte, wenn der Beschwojen nicht ein Reichswehr-offizier, sondern ein Arbeiter gewesen wäre. Oder sollte es Leute geben, die unerschämmt genug sind, das zu bezweifeln?

1.10 Mark = 50 Mark.

Mit den beiden Zahlen hat es eine besondere Bewandnis. Es soll einmal gezeigt werden, welche Mengen der gleichen Ware man jetzt für 50 Mk. und vor dem Kriege für 1,10 Mk. erhielt. Heute bekommt man Vor dem Kriege bekam man für 50 Mark für 1,10 Mark

100	Zigaretten	55
18 2/3	Zigarren	22
1 Pfund	Rindfleisch	fast 1 1/2 Pfund
2/3 Pfund	Butter	fast 1 Pfund
1	Schuhsohle	1
(nicht 1 Paar)		
5 Pakete	Streichhölzer	11 Pakete
5/8 Zentner	Griffel	1 Zentner
23 Pfund	Kartoffeln	30-40 Pfund
6 1/2 Liter	Milch	5 1/4 Liter
2 1/2 Pfund	Zucker	4 1/2 Pfund
1 1/4 Pfund	Bäckpflaumen	3 Pfund
10 Wochen	Volksbote	7 Wochen

Bitter ist die Teuerung für alle, die von ihrer Hände Arbeit oder von knapper Rente leben. Und doch gibt es manche Ausgabe, die man leichtens Herzens macht, weil eben der dreckige Papiersegen „nichts mehr wert“ ist. Nur die Zeitung macht eine Ausnahme. Sie, die vielen Aufklärung und Unterricht ist, die die Neugier nach Tagesereignissen und den Wunsch nach Kenntnis befriedigen hilft, deren Wert insolge Wunders der Produzenten zum Himmel schreit — für sie wollen wir immer einige der Gedankenlofen das Geleß der Teuerung nicht gelten lassen. Aber um die Geldwertwertung kommen sie nicht herum und an ihr gemessen werden auch sie jetzt die unüberlegbare tröstliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß der „Volksbote“ dem Geldwerte nach heute viel weniger kostet als vor dem Kriege.

Die Kartoffelversorgung für das kommende Wirtschaftsjahr. Der Reichsernährungsminister hat eine neue Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln erlassen, die eine Verschärfung der Vorschriften über den Ankauf von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr vorsieht. Nach dieser neuen Verordnung bedürfen sämtliche Personen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab einer neuen besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handelsereulauenis zuständigen Stellen erteilt, und gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen, auch die Angestellten und Beauftragten der Inhaber der Kartoffelhandelsereulauenis dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder zur Deckung des Kartoffelverbrauchs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Ankaufserlaubnis ankaufen. Diese Erlaubnis beschränkt sich auf den Bezirk der sie erteilenden Behörde. Die Handelsereulauenis mit Kartoffeln sowie die Ankaufserlaubnis können, wie bisher, wegen mangelnder Sachkunde des Antragstellers in bezug auf den Kartoffelhandel, wegen mangelnder Zuverlässigkeit sowie wegen Fehlens eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses versagt werden; hierdurch soll den Behörden die Möglichkeit gegeben werden, in schärferer Weise als bisher die Zulassung zu handhaben. Um eine sachgemäße Handhabung der Erlaubnis zu erzielen, müssen vor der Erteilung dieser Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie der Ankaufserlaubnis Sachverständige gehört werden. Der Erlaubnischein muß in Zukunft zwecks besserer Ueberwachung mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein und auf Verlangen des Erzeugers vorgezeigt werden. Der Landwirt, der an Auktionser Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Ankaufserlaubnis ausweisen, macht sich strafbar. Der Auktionser innerhalb des eigenen

Kommunalverbandes ist konzeptionspflichtig. Die neuen Bestimmungen treten am 1. August in Kraft. Die Regierungen der Länder sind ersucht worden, die Vorbereitungen mit größter Beschleunigung zu treffen.

Lohnerehöhungen in der Landwirtschaft. Auf Grund der am 26. April abgeschlossenen IV. Zusatzvereinbarung zum Tarifvertrag vom 21. April 1921 fanden am Mittwoch in Kiel erneute Verhandlungen zwischen dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband statt, um die Löhne den erneut gestiegenen Lebensunterhaltungskosten anzupassen. Nach längerer Verhandlung wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß wiederum alle Gruppen eine Zulage erhalten. Der Stundenlohn der Deputatisten beträgt nunmehr 3 Mk., der der Freiarbeiter 12 Mk. bzw. 12,50 Mk. Die neuen Lohnerehöhungen für Knechte und Mägde, sowie die der Wochenlöhner, Frauen usw., sind aus der V. Zusatzvereinbarung ersichtlich, die in einigen Tagen im Druck erscheint und den Kreisleitern dann sofort zugestellt wird, von welchen sie für 1 Mk. pro Stück bezogen werden können. Die neuen Löhne haben ab 1. Juni Geltung.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshaus eine von der Lübecker Landesgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einberufene Versammlung statt, in der Dr. Köschmann — Berlin über Anzeigepflicht, Kurpfuscherei und Prostitution sprach. In der Hauptfrage besprach der Referent den seit 3 Jahren vorliegenden Gesetzentwurf und das Wesen der überaus gefährlichen, ansteckenden Geschlechtskrankheiten, die unerbittlich ihr Fortschreiten in menschlichen Körper fortsetzen. Zur Abtötung der Krankheitserreger seien scharfe Mittel notwendig, dann aber auch sei es erste Bedingung, zu verhindern, daß der Kranke sein Leben auf andere übertrage. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß sich alle, die an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leiden und die es wissen oder den Umständen nach wissen müssen, bei einem approbierten Arzt zu melden haben. Die Behandlung ist nur den für das Deutsche Reich zugelassenen Ärzten gestattet. Verdächtige Personen sollen von der Behörde angehalten werden können, ein Zeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich einer Untersuchung zu unterziehen, was auch wiederholt verlangt werden kann. Der Redner betonte, daß bisher alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution vergebens gewesen seien, und daß insbesondere die sog. vagierende Prostitution die vorherrschende sei. Das Gesetz sei in seinen Hauptteilen ausreichend; die Befürchtung unsauberer Denunziantentums unbegründet. Weiter führte Dr. Köschmann die sexuelle Abstinenz, die Schutzmittel und die Wohlfahrtsämter und bezogene als Hauptaufgabe, die Krankheitsverbreitung möglichst zu unterbinden, wozu vor allem der Ausbau der Jugendberater, Sportbetätigung gehöre. — An diese Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache, in der fast ausschließlich Anhänger der Naturschule zu Worte kamen. Zuerst sprach der ehemalige Nationalbolschewik Wolffheim — Hamburg, der zuerst seine Parteipolitik bekundete und dann gegen den Vorhänger, Dr. Siering polemisierte, der einleitend hervorhob, wir lebten im Zeichen des Sozialismus und müßten uns der Gesamtheit unterordnen. Sonst dächten die Ärzte im allgemeinen anders. Scharf wandte sich dieser Redner gegen die Monopol- und Standesvorrechte, Stellung der Ärzte, die alles von ihrem Standpunkte und nicht von demjenigen des Patienten aus betrachteten. Man dürfe nicht im Namen des Sozialismus den Rechenmenschen zwingen, seinem Körper Salvarsan und andere Patente der chemischen Industrie zuzuführen. Notwendig sei eine Volkskontrolle gegen die missienlose Unterordnung der Massen unter die Diktatur der Ärzte. Die Frage der Prostitution sei eine Frage der Organisation der Gesellschaft. — Herr Siering bezeichnete als charakteristisch, daß sich die leitenden Stellen der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus Ärzten zusammensetzten; es sei notwendig, daß auch dort das Volk mehr mitzureden habe. Der Redner bezeichnete den Gesetzentwurf als ein Denunzationsgesetz, dessen § 3 als den allerschlimmsten, der alle Volksgenossen unter Kontrolle stelle. Es wäre zu bedauern, wenn sich die Vertreter des Volkes im Reichstage für dieses Gesetz entschieden. Jedem Menschen müsse es überlassen bleiben, wen er als Verurteilten zur Heilung seiner Krankheit heranziehe. Gerade die chronisch Kranken suchen die Naturschulmedizin auf. Eine Hauptursache der verbreiteten Seuchen bildeten die unglückseligen Wohnungsverhältnisse. Bezeichnend sei übrigens auch, daß die Ärzte darauf fußten, das Maß der Durchführung des Gesetzes allein zu bestimmen. — Herr Siering ging hauptsächlich auf

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Gabel.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
 Drinnen bei der Tante machte sie ihrem Herzen Luft. Die Erregung des vorigen Sonntags, die während der ganzen Woche eingedämmt war, brach sich Bahn.
 „Du hast ja eine nette Deern“, begann sie, „wie die herumlaufe auf dem Ball, Du glaubst es nicht! Ich mußte immer lachen; sie ging förmlich darauf aus, die Mannsleute zu fangen.“
 Frau Andersen blickte von ihrem Strickstrumpf auf, mit freudigem Blick auf Kolf.
 „Dummes Zeug“, knurrte dieser.
 „Du hast doch auch mit ihr getanzt wie toll“, rang es Kolf von Ingeborgs Lippen.
 „Ist das wahr?“ Frau Andersen sah steif, mit bitterböser Miene auf ihrem Stuhl.
 Kolf redete sich. „Ja, ich wollte auch mal wissen, wie es ist, wenn man tanzt.“
 „Konntest Du denn nicht mit jemand anders tanzen?“ fragte die Mutter mit bezeichnendem Blick auf Ingeborg.
 „Nein, ich habe keine Lust, immer mit einem schweren Mehlbad herumzuspringen.“
 Ingeborg lachte schrill auf. Ihr Gesicht bekam einen grünen Schimmer. Sie spielte jetzt ihren letzten Trumpf aus.
 „Ach, so jung und schon so verdorben“, seufzte sie. „Sogar einen Bräutigam hat das Gör gehabt, von dem sie sich hat nach Haus bringen lassen.“
 „Das ist nicht wahr“, sagte Kolf.
 „Ich habe es aber selbst gesehen. Ich stand am Weg hinter dem Heu bei Curer Trift und warste einen Augenblick, weil ich meinte, Du kämst. Da huschte sie an mir vorbei und hinter ihr ein langer Mensch, der ging ein bißchen vornüber. Er war lange nicht so breit von Schultern, wie Du. Sie gingen dann zusammen die Trift herunter, und er ging mit auf Cure Werft. Ich habe ihn nicht wieder herunterkommen sehen.“
 „Wer mag das gewesen sein?“
 „Alle saßen auf Ingeborgs rotes triumphierendes Gesicht. Selbst Joen, der bisher teilnahmslos dagelassen hatte, war ihren letzten Ausführungen mit Aufmerksamkeit gefolgt.
 „Ich weiß, wer das war“, sagte er plötzlich, ganz ernsthaft dabei, daß es ihm einfiel, „das war ich.“
 „Du Joen? Bist wohl anflug?“
 „Ja, ich wollte doch fort, und ein junges Mädchen kann doch die Zeit nicht allein nach Hause gehen.“

Ingeborg lachte wieder, diesmal kurz und verächtlich. „Unter jungen Mädchen versteht man doch nicht Dienstmädchen. Die können sich ja von Knechten begleiten lassen.“
 „Das finde ich aber auch“, pflichtete Frau Andersen bei. „Auf mein Wagen!“ Sie legte die Stricknadeln in den Schoß, da ihre Hände vor Ärger zitterten. Aber sie wollte doch vor Ingeborg nicht weiter über die Sache sprechen.
 Jeder Ärger fiel Frau Andersen auf den Magen und lag dort, wie sie behauptete, als Stein. Auch heute hatte sie wieder ihren Stein auf dem Magen; sie saß in ihrem Stuhl und seufzte und klagte.
 Nach dem Abendbrot verabschiedete sich Ingeborg. „Du kannst sie ein Stück begleiten“, sagte die Mutter zu Kolf, und dieser nickte. Wenn die Mutter ihre Magenkrämpfe hatte, war es das Beste, ihr den Willen zu tun.
 Sie waren schon vor der Haustür, da brachte Antje Ingeborgs Sonnenschirm und Handschuhe nach. Ingeborg rief ihr die Handschuhe aus der Hand und ließ sie fallen. Dann schalt sie auf Antje: „Gib sie doch her, was siehst Du da wie so'n Trumfsech!“
 Als Antje sich bückte, rief sie sie an ihrem Haar zurück. Antje schuchzte. „O, Du, Du —“, sie suchte nach einem Schimpfwort und fand keines, das schlimm genug für ihre Feindin war. Dann fiel ihr ein, daß dies ja zukünftige Bäuerin vom Reichsmischhof sei und sie selbst nur ein armes Dienstmädchen. Ganz leise schlief sie sich davon ins Haus.
 Ingeborg hielt Schirm und Handschuhe. Sie verjuchte, ihrer wutglühenden Stimme einen ruhigen Klang zu geben. „Komm man, Kolf“, sagte sie, „ich bin so weit.“
 „Geh man allein“, sagte Kolf, „Du brauchst wahrhaftig keinen Beschützer.“
 Ohne ein weiteres Wort trat er wieder ins Haus, hing seine Mütze an den Nagel und ging in den Stall. Es widerstrebe ihm, mit seiner Mutter von der Sache zu sprechen.
 Am andern Morgen, als er nach dem Futter keine Piefse klopfte, fing Frau Andersen's Mühle wieder an zu mahlen.
 „Ingeborg wäre eine recht paffliche Frau für Dich; sie ist schmeid und tüchtig und ist bis über die Ohren in Linnenzug.“
 „Das mag stimmen“, sagte Kolf, „aber ich kann sie nicht vertragen; sie hat zu viel Haare auf den Zähnen.“
 „Das werden die besten Frauen“, sagte Frau Andersen scharf.
 Als Kolf nicht antwortete, hielt sie es für geraten, dies Thema einstweilen ruhen zu lassen. Sie wandte sich an Joen.
 „Wir köpeln“, sagte sie, „Du machst der Antje auch ein bißchen viel weiß. Daß die man ein andermal alleine gehen. Und dann das Stelagen! Zu den Dienstaberns sagt man „Du“. So'n junge Deern muß sich ja schließlich was darauf einbilden, wenn der eine mit ihr tanzt und der andere sie nach Hause bringt. Ach, mein Magen! Wer hätte das gedacht!“

Joen wurde dunkelrot. Er war Antje gegenüber von der Zeit an noch schüchtern als zuvor, doch brachte er es nicht fertig, Du zu ihr zu sagen; das erschien ihm zu verräulich.
 Frau Andersen beobachtete von nun an Antje scharf, aber sie entdeckte in dem Wesen des jungen Mädchens nichts, was zu einem Tadel Veranlassung gab. Sie war eben ein jung-fröhliches Ding, das noch nichts von Sorgen und Schmerzen wußte. Frau Markien gewachte indessen, daß Joes Rehm, der Großvater, das Mädchen mit den Augen eines Verliebten anah und sich ihm immer mehr zu nähern verjuchte.
 Die Mite triff die Lippen zusammen. „Na, wenn es an der Zeit ist, werde ich da mal einen Kiesel vorliegen; aber so dumm wird der Junge doch wohl nicht sein, daß er mit dem Kinde andinet.“
 Drittes Kapitel.
 Der Herbst kam heran. Die Blumen vor Antjes Kammerfenster waren verblüht; aber Joes Rastren blieben, wie sie waren. Die Bäume vor den Fenstern lüfteten sich, und die Vögel saßen auf der Dachrinne und zwitscherten in grellen Tönen. Wenn Antje frühmorgens auf den Hof hinaustrat, wehte ihr die kalte Luft entgegen, und welches Laub raschelte unter ihren Füßen.
 Bei Antje war Frühling und Winter, Sommer und Herbst egal. Ihre Augen blickten so sonnig wie vormer; ihr Lächeln machte warm, weil es aus warmem Herzen kam.
 Ingeborg war eine ganze Weile nicht auf den Hof gekommen. Dann brachte Frau Andersen sie mal von einer Gesellschaft mit nach Hause.
 Als Antje sie sah, huschte ein Schatten über ihr Gesicht; aber das war nur für einen Augenblick, dann war sie Ingeborg gegenüber freundlich und unbefangen wie früher.
 Eines Tages war Frau Andersen mit ihren Söhnen ausgegangen zu Verwandten. Es wurde ein Familienfest gefeiert, und sie kehrte erst spät in der Nacht zurück. Die Frau pochte an Antjes Kammerfenster, und sie machte heraus und die Tür aufschließen.
 Schlaftrunken griff sie nach ihren Kleidern.
 „Mach' doch schnell“, mahnte die Frau, „es regnet.“
 „Deern, ich glarbe gar, Du willst Dich anziehen“, rief Trina, „wirf doch den Unterrod über, es guckt doch keiner nach dir aus.“
 Kolf schlüpfte Antje hinaus und schloß auf. Sie rief den Torstapel auf und stellte sich dahinter, damit man sie nicht sah.
 Zuerst kam Frau Andersen, tief verummmt; sie ging unter Klagen und Seufzen in ihre Stube. Dann folgte Joen; er schlüpfte sich und machte der Mutter nach. Jetzt kam Kolf; er blieb einen Augenblick in der Tür stehen, und Antje spähte durch die Spalte, ob er nicht den andern folgte.
 (Fortsetzung folgt.)

